

N i e d e r s c h r i f t

**über die 1. – öffentliche und nichtöffentliche – Sitzung
des Jugendhilfeausschusses am Donnerstag, dem 13. Januar 2005, 17:00 Uhr,
im Bürgersaal des Bürgerhauses**

Es waren anwesend:

I. Stimmberechtigte Mitglieder

a) Ratsmitglieder

1. Herr Hans-Werner Schneller - Vorsitzender
2. Frau Claudia Schlottmann - stellv. Vorsitzende
3. Herr Christoph Bosbach
4. Frau Astrid Becker
5. Frau Annabella Barata
6. Herr Alexander Büttner
7. Herr Peter Hancke
8. Herr Dr. Stephan Lipski
9. Frau Tina Korte

b) Aus den Verbänden

10. Herr Carsten Wannhof
11. Frau Elisabeth Knebel
12. Herr Siegfried Wagner
13. Herr Björn Grützmaker
14. Frau Sabine Kittel
15. Herr Rüdiger Scholz

II. Beratende Mitglieder

1. Herr Ulf Weber
2. Frau Anne Gronemeyer
3. Frau Anita Bergener
4. Herr Wolfgang Brilhaus
5. Frau Daniela Haas
6. Herr Peter Schüller

6. Bericht zu dem Projekt „Starke Zeiten“ – **SV 51/09**
7. Almöhi-Projekt des Städt. Helmholtz-Gymnasiums im Rahmen Dreizehn Plus Programm für die Sekundarstufe I – Sachstandsbericht – **SV 51/17**
8. Bericht zum Projekt „KIPKEL“ – **SV 51/11**
9. Bericht zu den Sprachfördermaßnahmen – **SV 51/12**
10. Drittes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes - Kinder- und Jugendförderungsgesetz - **SV 51/14**
11. Jugendkulturjahr 2005
- Sachstandsbericht - **SV 41/05**
12. Neuorganisation des Jugendamtes und des Schulverwaltungs- und Sportamtes - **SV 51/16**
13. Organisationsprozess im Jugendamt – Soziale Dienste – Zusammenfassung der Ergebnisse – **SV 10/001**
14. Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung für den Zeitraum 2005 bis 2007 – **SV 51/03**
15. Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahre – **SV 51/04**
16. Anregung gemäß § 24 GO NRW
Erhaltung des städt. Kindergarten Rehkids – **SV 51/18**
17. Offene Ganztagsgrundschule
- Sachstandsbericht und Erörterung des Angebotes - **SV 51/10**
18. Offene Ganztagschule,
Antrag der FDP-Fraktion vom 08.12.2004 – **SV 51/19**
19. Bereitstellung eines separaten Beratungsraumes im Haus der Jugend für die Selbsthilfegruppe zur Trauerbegleitung des Kinderschutzbundes;
Antrag der FDP-Fraktion vom 17.06.2004 – **SV 26/001**
20. Erweiterung der Öffnungszeiten städtischer Jugendfreizeiteinrichtungen– **SV 51/05**
21. Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen
22. Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

II. Nichtöffentliche Sitzung

23. (Fortsetzung) Mitteilungen und Beantwortung von Anfragen

24. (Fortsetzung) Entgegennahme von Anfragen und Anträgen

I. Öffentliche Sitzung

1. **Eröffnung der Sitzung durch den Bürgermeister**

Herr Bürgermeister Scheib begrüßte die Anwesenden und stellte den ordnungsgemäßen Zugang der Sitzungsunterlagen fest.

Änderungen zur Tagesordnung lagen nicht vor. Herr Bürgermeister Scheib erläuterte, dass er die Sitzung leite bis ein neuer Vorsitzender gewählt worden sei.

2. **Einführung und Verpflichtung der stimmberechtigten und beratenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses**

Herr Bürgermeister Scheib verpflichtete die anwesenden Mitglieder des Jugendhilfeausschusses durch Verlesen der Verpflichtungsformel.

3. **Wahl der Vorsitzenden/des Vorsitzenden und der stellvertretenden/des stellvertretenden Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses**

Rm. Büttner schlug für die CDU-Fraktion Rm. Frau Schlottmann zur Wahl zur Vorsitzenden vor.

Rm. Bosbach schlug für die SPD-Fraktion Rm. Hans-Jürgen Schneller zur Wahl zum Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses vor.

Rm. Bosbach beantragte geheime Wahl.

Nach Abgabe der Stimmzettel entfielen acht Stimmen auf Rm. Hans-Werner Schneller und sieben Stimmen auf Rm. Frau Claudia Schlottmann.

Damit wurde Rm. Hans-Werner Schneller zum Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses gewählt. Er nahm die Wahl an.

Anschließend schlug Rm. Büttner Rm. Frau Schlottmann zur Wahl zur stellvertretenden Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses vor. Die Wahl erfolgte in offener Abstimmung.

Einstimmig bei einer Enthaltung wurde Rm. Frau Claudia Schlottmann zur stellvertretenden Vorsitzenden des Jugendhilfeausschusses gewählt. Sie nahm die Wahl an.

Bürgermeister Scheib beglückwünschte die gewählten Mitglieder zu ihren neuen Funktionen und wünschte dem Jugendhilfeausschuss viel Erfolg bei seiner Arbeit.

Anschließend übernahm der neu gewählte Vorsitzende Hans-Werner Schneller die Leitung der weiteren Sitzung.

**4. Städtebaulicher Rahmenplan Nördliche Unterstadt
Bereich Bahnhofsallee/Körnerstraße/Ellerstraße
hier: 1. Rahmenkonzept der Städtebaulichen Rahmenplanung
2. Auftrag zur Erstellung eines Städtebaulichen Rahmenplanes für die Nördliche Unterstadt – SV 61/006**

Rm. Frau Korte stellt für die BA einen Erweiterungsantrag zur vorliegenden Sitzungsvorlage. Der Antrag wurde verteilt und liegt in der Anlage bei.

Beig. Rech führte aus, dass es zur diskutierten Sitzungsvorlage erheblichen Handlungsbedarf gäbe. Er wies darauf hin, dass der eingebrachte Ergänzungsvorschlag bereits im Wirtschaftsförderungsausschuss und im Stadtentwicklungsausschuss beraten worden sei. Der Stadtentwicklungsausschuss habe eben diesen Vorschlag abgelehnt. Es werden jedoch zurzeit auch andere Beteiligungsformen geprüft. Diesbezüglich soll dem Stadtentwicklungsausschuss eine Sitzungsvorlage vorgelegt werden.

Rm. Frau Gronemeyer wies darauf hin, dass es durch die geplanten Veränderungen eine Änderung im Stadtbild geben werde, die auch den demografischen Entwicklungen standhalten müsse.

Der Ergänzungsvorschlag der BA wurde bei einer Ja-Stimme und 14 Nein-Stimmen abgelehnt.

Auf Anregung des Beig. Rech fasste der Jugendhilfeausschuss einstimmig folgenden Beschluss:

„ Der Jugendhilfeausschuss begrüßt die Absicht einer städtebaulichen Rahmenplanung für die nördliche Unterstadt und empfiehlt den Bürgermeister entsprechend zu beauftragen.“

5. Bericht zu den Sommerferienangeboten – SV 51/08

Rm. Bosbach zeigte sich erfreut, dass es gelungen sei, im vergangenen Jahr eine zusätzliche Aktion für die Hildener Kinder zu installieren.

Frau Panke machte auf die neuesten Entwicklungen nach der Anmeldung zu den Sommerferienaktionen aufmerksam. Zurzeit stünden 70 Kinder auf der Warteliste. Im laufenden Jahr stünden für eine weitere Aktion keine finanziellen Mittel zur

Verfügung. Zur Umsetzung einer dritten Sommerferienaktion würden ca. 16.100 € zusätzlich zu veranschlagen sein.

Frau Panke antwortete auf Nachfrage, dass ein Abgleich mit der offenen Ganztagschule noch nicht stattgefunden habe, aber routinemäßig gemacht werde.

Vorsitzender Schneller stellte fest, dass noch kein akuter Entscheidungsbedarf für zusätzliche Mittel bestehe. Diese Entscheidung könne im Rahmen der Haushaltsplanberatungen gefällt werden. Er forderte die Verwaltung auf, eine entsprechende Vorlage zu den Haushaltsplanberatungen einzubringen.

Einstimmig nahm der Jugendhilfeausschuss den Bericht zu den Sommerferienaktionen zur Kenntnis.

6. Bericht zu dem Projekt „Starke Zeiten“ – SV 51/09

Einstimmig fasste der Jugendhilfeausschuss den folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zum Projekt „Starke Zeiten“ zur Kenntnis.“

7. Almöhi-Projekt des Städt. Helmholtz-Gymnasiums im Rahmen Dreizehn Plus Programm für die Sekundarstufe I – Sachstandsbericht – SV 51/17

Rm. Bosbach fragte an, wie viele Teilnehmer sich für das Projekt gemeldet haben.

Frau Schimang antwortete für die Verwaltung, dass sich beim Helmholtz-Gymnasium 80 – 90 Jugendliche für das Projekt gemeldet hätten, jedoch würden diese nicht an allen fünf Tagen am Projekt teilnehmen.

Rm. Dr. Lipski berichtete über das Projekt, das er mit gegründet und begleitet hatte und stellte fest, dass es sich hier um ein sehr effektives Projekt handele.

Beig. Gatzke führte aus, dass es sich beim vorliegenden Projekt um ein außerordentlich innovatives Projekt handele, das an die Förderrichtlinien des Landes NW anzupassen war. Es sei jedoch für die Zukunft nicht gänzlich auszuschließen, dass sich der städtische Anteil an diesem Projekt noch erhöhen müsse.

Einstimmig fasste der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zum Almöhi-Projekt des Städt. Helmholtz-Gymnasiums zur Kenntnis.“

8. Bericht zum Projekt „KIPKEL“ – SV 51/11

Einstimmig fasste der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht von KIPKEL zur Kenntnis.“

9. Sprachförderung im Elementarbereich – SV 51/12

Rm. Frau Korte fragte an, warum bestimmte Einrichtungen an der Sprachförderung nicht teilnehmen.

Frau Schimang antwortete, dass es nicht für alle Schulen genügend Nachfragen gäbe. Es bestehe aber die Möglichkeit an Nachbarschulen am Projekt teilzunehmen, sodass niemand bei Interesse durch das Netz falle.

Frau Bergner fragte an, ob es auch Möglichkeiten gäbe, Eltern zu verpflichten, ihre Kinder an dem Projekt teilnehmen zu lassen.

Dies wurde seitens der Verwaltung verneint, allerdings werde von Seiten der pädagogischen Kräfte auf die Eltern entsprechend eingewirkt.

Rm. Frau Gronemeyer fragte, was mit Kindern geschehe, die während des laufenden Schuljahres zuzögen und nicht über entsprechende Sprachkenntnisse verfügten.

Verwaltungsseitig wurde zugesagt, entsprechende Informationen einzuholen und im Rahmen der Niederschrift zur Kenntnis zu geben.

Einstimmig fasste der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.“

10. Drittes Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes - Kinder- und Jugendförderungsgesetz – SV 51/14

Einstimmig fasste der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht zum dritten Gesetz zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes – Kinder- und Jugendförderungsgesetz - zur Kenntnis.“

11. Jugendkulturjahr 2005 – Sachstandbericht – SV 41/05

Frau Zwiener berichtete über die aktuell anstehenden Projekte. Insbesondere wies sie auf die Eröffnung des Jugendkulturjahres am 22. Januar 2005 im Area 51 hin. Über weitere Aktivitäten im Rahmen des Kulturjahres wird über Flyer bzw. über die Internetseite: www.kurtkulti.de informiert.

Vorsitzender Schneller unterbrach die Sitzung von 17:44 bis 17:46 Uhr für eine Erklärung des Jugendparlamentes.

Einstimmung fasste der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

„Der Kulturausschuss und der Jugendhilfeausschuss nehmen zustimmend Kenntnis von dem vorgelegten Gesamtkonzeptes des Jugendkulturjahres 2005.“

12. Neuorganisation des Jugendamtes und des Schulverwaltungs- und Sportamtes – SV 51/16

Ohne weitere Aussprache fasst der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Neustrukturierung des Jugendamtes und des Schulverwaltungs- und Sportamtes zur Kenntnis.“

Beig. Gatzke sagte auf Nachfrage zu, ein Organigramm über die neue Struktur der Niederschrift beizufügen.

13. Organisationsentwicklungsprozess im Jugendamt der Stadt Hilden - Sachgebiet Soziale Dienste – Zusammenfassung der Ergebnisse – SV 10/001

Herr Taufer stellte die zentralen Vorgehensweisen und Ergebnisse des Entwicklungsprozesses mit einer PowerPoint-Präsentation dar. Die PowerPoint-Präsentation liegt in der Anlage bei.

Frau Panke ergänzte, dass im Bereich der Jugendgerichtshilfe eine befristete Teilzeitstelle weggefallen sei. Ebenso seien die Aufgaben der Erziehungsbeistandschaft aus dem Fachamt ausgelagert worden und würden zukünftig durch andere Träger erbracht. Im Gegenzug habe der ASD eine befristete Aufstockung erfahren, die dem demografischen Faktor einer ansteigenden Zahl von Jugendlichen der entsprechenden Altersgruppen Rechnung trage.

Beig. Gatzke führte aus, dass es sich bei dem untersuchten Arbeitsfeld um ein Arbeitsgebiet mit ausgesprochen anspruchsvollen Tätigkeiten handele. Trotz des Bewusstseins, dass hier bereits gute Arbeit geleistet werde, sei der Organisationsprozess in Gang gesetzt worden, um weitere Potentiale der Verbesserung zu entdecken. Dies sei gelungen und werde jetzt in die alltägliche Arbeit umgesetzt.

Der Jugendhilfeausschuss fasste einstimmig folgenden Beschluss:

„ Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Abschlußbericht über den Organisationsentwicklungsprozess im Jugendamt der Stadt Hilden – Sachgebiet Soziale Dienste – zur Kenntnis.“

Der Vorsitzende unterbrach die Sitzung von 18:22 bis 18:32 Uhr für eine Pause.

14. Fortschreibung der Kindergartenbedarfsplanung für den Zeitraum 2005 – 2007 – SV 51/03

Rm. Frau Schlottmann kündigte eine Zustimmung der CDU-Fraktion zur entsprechenden Sitzungsvorlage an.

Rm. Frau Korte brachte für die BA einen Änderungsantrag zur vorliegenden Sitzungsvorlage ein. Änderungsantrag liegt in der Anlage bei.

Rm. Bosbach führte aus, dass gerade bei der sensiblen Frage der Überbelegung in der Vergangenheit sehr rücksichtsvoll mit den Trägern umgegangen worden sei und diese ohne äußeren Druck einer Überbelegung zugestimmt hätten. Insgesamt sei zu berücksichtigen, dass die Zahlen der Kinder sinken und damit eben auch die entsprechenden Bedarfe. Es seien Kindergärten befristet eingerichtet worden. Dies sei allen Beteiligten von vornherein klar gewesen. Ein Rückbau der Einrichtungen zum jetzigen Zeitpunkt sei daher nicht schön, aber auch kein unerwartetes Ereignis. Herr Weber fragte an, inwieweit das anstehende Gespräch mit den Kirchenträgern bereits zu einem Ergebnis geführt habe.

Beig. Gatzke führte aus, dass die Situation im Bereich der Kindergartenplätze in Hilden als gut zu bezeichnen sei. Verbesserungsbedarfe gäbe es bei der Betreuung der unter 3-jährigen. Die demografische Entwicklung zeige mittlerweile auf, dass das Absinken der Kinderzahlen weniger dramatisch sei, als befürchtet. Dennoch würden in Zukunft keine Überhangplätze mehr benötigt. Dies sei aber sowohl in den Gesprächen mit den Trägern, als auch in der Sitzungsvorlage zum Ausdruck gebracht worden.

Zur Frage einer Anhörung der Träger führte Beig. Gatzke aus, dass es in Hilden eine eingeführte und bewährte Tradition eines organisierten Kommunikationsprozesses zwischen Verwaltung und Kindergartenträgern gäbe. Ohne einen solchen intensiven Austauschprozess sei eine Kindergartenbedarfsplanung überhaupt nicht zu realisieren. Beig. Gatzke führte aus, dass er daher keinen Bedarf für einen zusätzlichen Änderungsantrag der BA sehe.

Mit Sorge erfülle ihn die Situation der kath. Kindergartenträger. Hierzu habe es jüngst Gespräche zwischen Verwaltung und Trägern gegeben. Die Zielsetzung der Kirche sei hier, nur so viele Plätze für Kinder in Hilden vorzuhalten, wie es auch kath. Kinder in Hilden gebe. Zusätzlich erschwerend käme hinzu, dass die kath. Kirche zusätzlich zum demografischen Rückgang der Kinderzahlen auch einen Indikator des Rückganges kath. Kinder und Familien zugrunde lege.

Auch hier sei es sehr gut, dass die Stadt Hilden entsprechende Untersuchungen zu den demografischen Entwicklungen habe durchführen lassen, da mit diesem Papier die Annahmen der Träger besser verifiziert werden können.

Beig. Gatzke führte weiter aus, dass er insbesondere Veränderungen in den Kindergartenplatzzahlen im Bereich der Innenstadt erwarte, wobei es natürlich auch weiter Zielsetzung der Stadt bleibe, ein flächendeckendes Angebot an Kindergartenplätzen bereit zu halten. Weiterhin bleibe es auch den Trägern überlassen, bei einer möglichen Auflösung von Kindergartengruppen ein Interesse an eine Umwandlung in altersgemischte Gruppen zu erklären. Frau Schimang erläuterte für die Verwaltung, dass das Gesetz über Kindertageseinrichtungen in NRW bestimmte Gruppengrößen vorgebe. Es unterscheide sich hier in Gruppen, bei denen es eine über Mittagbetreuung gäbe und solchen, wo es keine über Mittagbetreuung gäbe. Im ersten Fall gebe es eine Gruppengröße von 20, im zweiten von 25 Kindern. Die in der Sitzungsvorlage genannte Gruppenstärke basiere auf der gesetzlichen Grundlage. Im Hinblick auf die Überbelegungsplätze führte Frau Schimang aus, dass im Durchschnitt des Kindergartenjahres von einer Vollbelegung auszugehen sei. Aufgrund des Rechtsanspruches der hineinwachsenden Jahrgänge führe dies zu einer Situation, dass zu Beginn des Kindergartenjahres noch Plätze frei seien und zum Ende des Kindergartenjahres auch mehr Kinder als die Regelplatzzahl aufgenommen werden müssten.

Rm. Frau Korte zog darauf hin ihren Änderungsantrag zurück.

Der Jugendhilfeausschuss fällte mit 14 ja und 1 nein Stimme folgenden Beschluss:

„Der Jugendhilfeausschuss nimmt den vorliegenden Bericht zur Kindergartenbedarfsplanung 2005 – 2007 zur Kenntnis. Der Jugendhilfeausschuss beauftragt die Verwaltung, eine Maßnahmenplanung zu entwickeln und hierfür die notwendigen Gespräche mit den Trägervertretern der Kindertageseinrichtungen zu führen.“

15. Ausbau der Betreuungsangebote für Kinder unter 3 Jahren – SV 51/04

Frau Bruckner von der Firma Gebit stellte eine Powerpoint-Präsentation zur Befragung der Hildener Eltern für einen Betreuungsbedarf der unter 3-jährigen vor. Die PowerPoint-Präsentation ist als Anlage der Niederschrift beigefügt.

Rm. Frau Schlottmann verließ der Hoffnung Ausdruck, dass die Förderungsmöglichkeiten für die Betreuung der unter 3-jährigen durch das Land sich verbessern würden.

Frau Gronemeyer wies darauf hin, dass die sich aus der Sitzungsvorlage ergebenden Konsequenzen einen Mehrbedarf an finanziellen Aufwendung nach sich ziehen würde.

Rm. Bosbach riet zu einer vorsichtigen Herangehensweise, da die durch die Untersuchung eruierten Zahlen nach wie vor einige Unsicherheiten zuließen.

Herr Wannhof fragte an, inwieweit es eine soziale Staffelung bei den Elternbeiträgen geben würde.

Frau Panke antwortete, dass diese nach GTK berechnet würden und diese bereits eine soziale Staffelung beinhalte.

Beig. Gatzke führte noch einmal aus, dass der Anspruch auf eine Betreuung von unter 3-jährigen nicht neu sei, sondern durch das vorliegende Gesetz nur konkretisiert werde. Hilden sei mit seiner Zahl an Plätzen hier im Kontext zu anderen Kommunen im Umfeld zu sehen. Er konstatiere jedoch, dass es hier einen Verbesserungsbedarf gebe. Die konkreten Ziele seien nunmehr genannt. Notwendig sei es, Standards zu entwickeln und zur konzeptionellen Umsetzung zu bringen. Die Verwaltung hätte konkrete Vorschläge zur Verbesserung der Situation vorgelegt. Es gehe nunmehr darum, im Rahmen der Haushaltsplanberatungen Entscheidungen zu treffen.

Mit 12 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen fasste der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

„ Der Jugendhilfeausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zum Ausbau des Betreuungsangebotes für Kinder unter 3 Jahren zur Kenntnis. Über die Realisierung der einzelnen Vorschläge wird im Rahmen der Haushaltsplanberatung entschieden.“

16. Antrag gemäß § 24 GO NRW – Erhaltung des städt. Kindergartens Rehkids – SV 51/18

Vorsitzender Schneller schlug vor, die Abstimmung über diese Vorlage zu verschieben. Aus seiner Sicht bestehe zurzeit noch kein Entscheidungsbedarf. Es sei sinnvoller, die hier angesprochene Frage in das Gesamtkonzept zu integrieren.

Rm. Frau Schlottmann stimmte diesem Vorschlag zu, sie regte aber an, das besondere Konzept des Kindergarten Rehkids bei den Überlegungen mit einzubeziehen.

Rm. Bosbach führte aus, dass auch andere Kindergärten gute Rahmenkonzepte hätten. Er warnte davor, die Konzepte gegeneinander auszuspielen.

Beig. Gatzke sagte zu, den hier gestellten Antrag im Rahmen eines Gesamtkonzeptes zur Kindergartenbedarfsplanung zu integrieren. Ein erneu-

tes Aufgreifen der Thematik im Jugendhilfeausschuss wird von Seiten der Verwaltung sichergestellt.

Zu diesem Tagesordnungspunkt fand keine Abstimmung statt.

17. Offene Ganztagschule – Sachstandsbericht und Erörterung des Angebotes – SV 51/19

Einstimmig fällt der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

1. „Der Rat der Stadt nimmt nach Vorberatung im Ausschuss für Schule, Sport und Soziales und im Jugendhilfeausschuss den vorliegenden Sachstandsbericht zur Offenen Ganztagsgrundschule in Hilden zur Kenntnis.“
2. Der Rat der Stadt Hilden beschließt nach Vorberatung im Ausschuss für Schule, Sport und Soziales und im Jugendhilfeausschuss:
 - 2.1 Die Offene Ganztagsgrundschule wird auf der Basis des Hildener Rahmenkonzeptes an folgenden Hildener Grundschulen eingeführt bzw. ausgebaut:
 - a) zum Schuljahr 2005 / 2006
 - Gemeinschaftsgrundschule Walderstraße 1 Gruppe
 - Gemeinschaftsgrundschule Wilhelm-Busch 2 Gruppen
 - Kath. Grundschule Astrid-Lindgren 1 Gruppe
 - Gemeinschaftsgrundschule Schulstraße 1 Gruppe
 - b) zum Schuljahr 2006 / 2007
 - Gemeinschaftsgrundschule Wilhelm-Hüls 1 Gruppe
 - 2.2 Die Verwaltung wird beauftragt, die Anträge auf Investitionsförderung und Personalkostenförderung bei der Bezirksregierung zu stellen.
 - 2.3 Die Einführung der Offenen Ganztagsgrundschule erfolgt unter dem Vorbehalt, dass die zu beantragenden Landesmittel bewilligt werden.
 - 2.4 Die Beschlussfassung zur Einführung der Offenen Ganztagsgrundschule erfolgt ferner unter dem Vorbehalt, dass die erforderlichen Beschlüsse der jeweiligen Schulkonferenz zum Zeitpunkt der Antragstellung vorliegen.
 - 2.5 Der städt. Hort Max und Moritz, Richrather Straße 134, wird zum Schuljahr 2005 / 2006 in die Offene Ganztagsgrundschule überführt.
 - 2.6 Es werden folgende Stellenplan-Änderungen für das Haushaltsjahr 2005 notwendig:
 - die im Stellenplan für den städt. Hort Max und Moritz ausgewiesenen Stellen 51.34200-4511 und 51.34201-4511 werden zum 01.08.2005 als Erzieher/innen-Stellen der Offenen Ganztagsgrundschule ausgewiesen, die wöchentliche Arbeitszeit wird von 38,5 auf 30 (einschl. 2

Stunden für übergreifende Aufgaben alle OGATA's betreffend und Vertretung) bzw. 28 Stunden reduziert.

- Einrichtung von 3 neuen Stellen der Verg.-Gr. VI b / V c BAT mit 28 Wochenstunden zum 01.08.2005
- Einrichtung von 5 neuen Stellen der Verg.-Gr. VI b / V c BAT mit 19 Wochenstunden zum 01.08.2005
- Einrichtung von 5 neuen Stellen der Lohn-Gr. 1 / 1a BMT-G mit 10 Wochenstunden
- Einrichtung einer neuen Stelle der Verg.-Gr. VIb / Vc BAT mit 28 Wochenstunden zum 01.08.2006
- Einrichtung einer neuen Stelle der Verg.-Gr. VIb / Vc BAT mit 19 Wochenstunden zum 01.08.2006
- Einrichtung einer neuen Stelle der Lohn-Gr. 1 / 1a BMT-G mit 10 Wochenstunden zum 01.08.2006

2.7 die Ausgaben für Umbau, Ausbau, Erweiterung und Renovierung von geeigneten Räumen, Herrichtung und Ausstattung der Schulgrundstücke und die Ersteinrichtung einschl. Ausstattung mit Lehr- und Lernmitteln iHv 690.000 Euro (6 Gruppen OGATA) zzgl. Architektenleistungen einschl. Bauleitung seitens der Stadt Hilden und die Ausgaben für Betriebskosten iHv 131.630 Euro (5 Gruppen OGATA) sind im Haushalt 2005 zu veranschlagen.

2.8 die Einnahmen iHv 690.000 Euro Landesmittel für Investitionen und 60.400 Euro für Betriebskosten sind ebenfalls im Haushalt 2005 zu veranschlagen.“

18. Offene Ganztagschule – Antrag der FDP-Fraktion vom 08.12.2004 – SV 51/19

Herr Weber begründete den Antrag der FDP mit der Sorge um die Kinder in den Klassen 5 und 6. Er wünsche sich zumindest für jeden Stadtteil eine Hortgruppe. Die Verwaltung möge prüfen, ob dies realisierungsfähig sei.

Beig. Gatzke erläuterte, dass aus seiner Sicht, die in diesem Antrag geforderten Informationen vorlägen. Er könne aus diesem Antrag lediglich erkennen, dass es um den prinzipiellen Erhalt der Horte gehe. Dieses stelle einen neuen eigenständigen Antrag dar, der nicht im Jugendhilfeausschuss, sondern im Rat abzustimmen sei. Herr Weber antwortete, dass aus seiner Sicht der Antrag in Teilform erfüllt worden sei. Es fehle jedoch eine Konzeption. Er möchte die Verwaltung beauftragen, eine solche Konzeption zu erarbeiten.

Vorsitzender Schneller schlug daraufhin vor, den zweiten Satz des Antrages der FDP-Fraktion zu streichen, da die hier gewünschten Informationen bereits vorlägen.

Frau Panke wies darauf hin, dass eine entsprechende Entwicklung im Bereich der Horte dazu führen könne, dass die bereits installierten und funktionierenden Projekte 13 plus eingestellt werden müssten.

Vorsitzender Schneller lies über den ersten Satz des Antrages der FDP-Fraktion abstimmen.

Der Jugendhilfeausschuss stimmte über folgenden Beschlussvorschlag ab:

„Die Verwaltung wird beauftragt, hinsichtlich der Schließung der Horte ab dem 1.8.2007 ein Konzept für die Betreuung der Kinder ab der 5. Klasse zu entwickeln und festzustellen, wie viele Kinder ab dem Sommer 2006 sowie dem Folgejahr davon betroffen sein werden.“

Der Antrag wurde mit 13 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen abgelehnt.

19. Bereitstellung eines separaten Beratungsraumes im Haus der Jugend für die Selbsthilfegruppe zur Trauerbegleitung des Kinderschutzbundes – Antrag der FDP-Fraktion vom 17.06.2004 – SV 26/001

Vorsitzender Schneller stellte fest, dass Frau Kittel zu diesem Tagesordnungspunkt als befangen zu erklären sei. Frau Kittel nahm weder an Beratung, noch an Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt teil.

Herr Scheib führte aus, dass bei Antragstellung noch nicht abzusehen gewesen sei, dass entsprechende Platzkapazitäten in den Räumen des Hauses der Jugend zur Verfügung stehen würden. In der Zwischenzeit hätten sich einige Veränderungen ergeben, sodass die Nutzung neu geordnet werden könne. Im Zuge dieser Neuordnung sei auch ein Platz für den Kinderschutzbund zur Durchführung der Selbsthilfegruppe gefunden worden.

Vorsitzender Schneller schlug vor, über diesen Tagesordnungspunkt nicht abstimmen zu lassen, da Erledigung des Auftrages gegeben sei.

Herr Weber wünschte eine Abstimmung.

Mit 13 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung lehnte der Jugendhilfeausschuss den Antrag der FDP-Fraktion ab.

Herr Scheib machte darauf aufmerksam, dass für ihn die Ablehnung dieses Antrages bedeute, der Selbsthilfegruppe des Kinderschutzbundes keinen Raum zur Verfügung zu stellen.

Vorsitzender Schneller machte deutlich, dass dies natürlich nicht die Intention des Jugendhilfeausschusses gewesen sei. Er formulierte einen neuen Beschlussvorschlag.

Einstimmig fasste der Jugendhilfeausschuss folgenden Beschluss:

„ Die Verwaltung wird beauftragt, für die Selbsthilfegruppe trauernder Eltern von verstorbenen Kindern des Kinderschutzbundes Hilden, den bereits im Haus der Jugend gefundenen Raum zur Verfügung zu stellen.“

20. Erweiterung der Öffnungszeiten städtischer Jugendfreizeiteinrichtungen – SV 51/05

Zu diesem Tagesordnungspunkt unterbrach Vorsitzender Schneller erneut die Sitzung, um der anwesenden Jugendparlamentvorsitzenden Gelegenheit für die Darstellung einer Schülerbefragung zu geben.

Die Ergebnisse dieser Befragung liegen im Anhang bei.

Herr Wannhof wies darauf hin, dass aus seiner Sicht die Tatsache, dass 70 – 80% der Hildener Jugendlichen keinen Jugendtreff aufsuchen würden, Anlass zur Sorge gebe. Für eine Erweiterung der Öffnungszeiten sei daher ein vorsichtiges Vorgehen angebracht.

Frau Panke wies darauf hin, dass 291 der befragten Kinder unter 14 Jahren seien und daher überhaupt nicht die Möglichkeit hätten, einen der städtischen Jugendtreffs aufgrund der Altersbeschränkung aufzusuchen.

Frau Gronemeyer stellte fest, dass aus ihrer Sicht der Bedarf an erweiterten Öffnungszeiten da sei. Letztendlich sei dies eine Frage des Personalstandes, der dafür erweitert werden müsste.

Beig. Gatzke wies darauf hin, dass aufgrund des anstehenden Jugendkulturjahres im laufenden Jahr eine Erweiterung technisch nicht möglich sei. Es gebe aber eine ganze Reihe spezieller Angebote für die Jugendlichen eben im Rahmen des Jugendkulturjahres. Diese Erfahrungen sollten ausgewertet werden und für das übernächste Haushaltsjahr ein entsprechender Beschluss getroffen werden.

21. Mitteilungen und Entgegennahme von Anträgen

Frau Panke wies auf verschiedene Veranstaltungen des Landschaftsverbandes und des Jugendamtes hin.

22. Entgegennahme von Mitteilungen und Anfragen

Keine Wortmeldungen

Vorsitzender Schneller schloss um 20.00 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Er stellte die Nichtöffentlichkeit her.

II. Nichtöffentliche Sitzung:

(...)

Der Vors. Schneller schloss die Sitzung um 20:04 Uhr.

Der Vorsitzende:

.....
Hans-Werner Schneller

Der Schriftführer:

.....
Ulrich Brakemeier

gesehen:

.....
Beigeordneter

.....
Bürgermeister